

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen**Nachhaltige Fischereiwirtschaft**

Die Europäische Kommission hat ein Grünbuch über die Zukunft der Gemeinsamen Fischereipolitik (GFP) angenommen.

Um die Nachhaltigkeit des Fischereisektors zu gewährleisten, muss die GFP dringend reformiert werden. Die Fischbestände werden überfischt. Viele der wichtigsten Bestände sind vom Aussterben bedroht. Die Fischereiflotten sind zu groß, die Bestandserhaltungsmaßnahmen sind kaum wirksam, um die Fischbestände und das marine Ökosystem zu schützen.

Im Land Bremen befindet sich einer der größten Fischereihäfen Europas. Bremen kann somit einen wichtigen Beitrag zur Bestandserhaltung der Fischereibestände und zu einer nachhaltigen Fischereipolitik auf nationaler und europäischer Ebene leisten. Damit kann ebenfalls von Bremen aus die Wende in der Agrarpolitik unterstützt werden.

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

1. Die Bürgerschaft (Landtag) unterstützt die formulierten Ziele des EU-Grünbuchs:
 - a) wirksame Bestandserhaltung und Schutz der marinen Ökosysteme,
 - b) stärkere Beteiligung der Akteure an der Entscheidungsfindung,
 - c) Sicherung eines wirtschaftlich rentablen und autarken Fischereisektors,
 - d) Förderung des nachhaltigen Fischfangs auch außerhalb der Gemeinschaftsgewässer.
2. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, die Bemühungen der Fischindustrie zur Einführung eines Ökosiegels für Fischprodukte zu unterstützen.
3. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, sich für eine bessere Fischereiüberwachung, für ein effektiveres Fischereimanagement und für die Bildung eines regionalen Beratungsausschusses für Fischereifragen einzusetzen.

Das Institut für Fischereiökologie in Bremerhaven soll einen Beitrag dazu leisten, Reeder, Fischer, Fischindustrie und Wissenschaftler enger zusammenzuführen.

Schramm, Dr. Karin Mathes,
Karoline Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen